



**Dr. Wolfgang Strengmann-Kuhn**  
Mitglied des Deutschen Bundestages

**Berlin**

Dr. Wolfgang Strengmann-Kuhn  
Platz der Republik 1  
11011 Berlin  
Tel: (030) 227 – 73569  
Fax: (030) 227 – 76885  
Email:  
wolfgang.strengmann-kuhn@bundestag.de

**Wahlkreis**

Dr. Wolfgang Strengmann-Kuhn  
Oppenheimer Straße 17  
60594 Frankfurt/Main  
Tel: (069) 9637687-14  
Fax: (069) 9637687-40  
wolfgang.strengmann-kuhn@wk2.bundestag.de

Frankfurt a.M., 09.12.2008

Pressemitteilung von Dr. Wolfgang Strengmann-Kuhn

**Strengmann-Kuhn fordert Recht auf wirtschaftliche, soziale und politische Teilhabe als Menschenrecht für soziale und ökologische Gerechtigkeit und individuelle Freiheit**

Anlässlich des 60. Jahrestages der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte trafen sich am Montag Vertreterinnen und Vertreter von Initiativen und sozialen Bewegungen mit Katja Kipping (stellvertretende Vorsitzende, Die Linke) und dem Frankfurter Bundestagsabgeordneten von Bündnis 90/ Die Grünen und Wirtschafts- und Sozialexperten Wolfgang Strengmann-Kuhn.

Ergebnis des Treffens war eine Erklärung eines breiten Bündnisses von Nichtregierungsorganisationen (u.a. medico international, attac, terre des femmes, Deutscher Frauenrat, Katholische Arbeitnehmerbewegung, Mehr Demokratie e.V.) mit dem Titel „Menschenrechte als unbedingte Teilhaberechte. Globalisierung von unten für soziale und ökologische Gerechtigkeit und individuelle Freiheit“.

Bei der öffentlichen Diskussion unter dem Motto „Politik im Gespräch mit sozialen Bewegungen“, an der neben den beiden PolitikerInnen von Grünen und Linke auch Franziska Drohsel (JuSo-Vorsitzende) teilnahm, forderte Wolfgang Strengmann-Kuhn die Verwirklichung der universellen und unteilbaren wirtschaftlichen, sozialen, politischen und kulturellen Menschenrechte.

Er betonte, dass zu einem Recht auf Teilhabe neben einem Recht auf Bildung, auf Wohnen, auf Gesundheitsversorgung, auf Nahrung auch ein Recht auf Einkommen, eine intakte ökologische Umwelt und politische Teilhabe gehören. Außerdem unterstrich er, dass es auch in der Bundesrepublik Menschenrechtsverletzungen gibt und die nationale Politik einen stärkeren Blick auf die Menschenrechte haben müsse. Es reiche nicht, nur in der internationalen Politik auf die Menschenrechte zu verweisen.